

IN DIESER AUSGABE

- Schluss mit den Missständen in der Fleischindustrie
- Regelmäßige Tests erhöhen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz!
- Der Bund macht Wumms, Jamaika macht Rumms!
- Auf Kinder schießt man nicht!
- Legitimer Protest darf kein Vehikel für Rechte sein!

Fleischindustrie:

Schluss mit den Missständen in der Fleischindustrie!

Die aktuellen Corona-Massenausbrüche in Fleischfabriken zeigen, wie dramatisch die Lage ist. Wir müssen gute Arbeitsbedingungen, konsequente Kontrollen, die besondere Lage von EU- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Wohnsituation in den Gemeinschaftsunterkünften zusammen denken, weil die Missstände Ausdruck eines gemeinsamen Problems sind. Dazu hat die SPD drei Anträge zur letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause eingebracht (Drs. 19/2188, 19/2189, 19/2190), mit denen wir die Probleme konsequent angehen wollen. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:

Gewerkschaften und SPD haben schon vor der Corona-Pandemie die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Vertragsarbeitern immer kritisiert, während die Arbeitgeber regelmäßig abgewiegelt haben. Nun gibt es den eindeutigen Beleg, dass unsere Warnungen richtig waren und die Zustände noch schlimmer sein müssen, als wir befürchtet haben.

“Unabhängig von Corona muss diese moderne Form der Lohnsklaverei endlich beendet werden.“

Und das nicht nur in der fleischverarbeitenden Industrie. Zwei Drittel der Beschäftigten bei den vier großen Fleischkonzernen sind nach Schätzungen der Gewerkschaften Werkvertragsarbeiter, ein großer Teil von ihnen kommt aus Rumänien.

Die Tatorte sind hauptsächlich in NRW, Niedersachsen und bei uns in Schleswig-Holstein. Werkverträge sollen eigentlich Flexibilität bei spezialisierten Tätigkeiten bieten. In der Realität werden sie genutzt, um systematisch Löhne zu drücken und Verantwortung so zu verschachteln, dass kaum noch durchgestiegen werden kann, für wen der Arbeitnehmer im Betrieb gerade tätig ist. Das muss aufhören! Wir brauchen faire Arbeitsbedingungen zu auskömmlichen Löhnen sowie lebenswürdige und nicht lebensgefährliche Unterbringungen für alle Arbeitnehmer – egal woher sie kommen!"

Schon bei der Abschaffung der Kinderarbeit haben gewisse Unternehmerkreise lamentiert, dass niemand mehr Produkte bezahlen könnte. Solche Argumente aus dem 19. Jahrhundert können heutzutage zum Glück keine Geltung mehr haben. Für uns gilt der Vorrang der Menschenwürde, die nicht hinter den Profitinteressen zurückzutreten habe. Die Würde der Menschen darf jedenfalls nicht davon abhängen, ob das Hackfleisch 50 Cent billiger ist oder nicht.



Regelmäßige Tests erhöhen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz!

Die Belastung der Beschäftigten in den Gesundheitsberufen, in der ambulanten und stationären Pflege, in der Eingliederungshilfe, im Rettungsdienst und anderen sozialen Berufen war und ist enorm. Hinzu kommt die ständige Sorge um die eigene Gesundheit. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, dass Menschen aus diesen Berufsgruppen regelmäßig auf Covid-19 getestet werden sollen. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht (19/2204). Die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls, erklärt:

Viele Beschäftigte in den sozialen Bereichen können auf Körperkontakt während ihrer Tätigkeit nicht verzichten und sind dadurch einem deutlich höheren Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Gleichzeitig birgt eine unentdeckte Infektion Gefahr für die von ihnen zu betreuenden Menschen. Mir ist klar, dass ein aktuelles negatives Testergebnis keine komplette Sicherheit bringt. Ein Antikörpertest gibt laut einer aktuellen Studie dazu aus Lübeck auch keine Sicherheit. Ein Drittel der Infizierten wiesen keine Antikörper auf. Trotzdem ist eine regelmäßige Testung all derer, deren Tätigkeit ohne Körperkontakt nicht möglich ist, sinnvoll.

Denn überproportional viele Personen – nämlich 13.542 – der mit Covid-19-Infizierten stammen laut RKI aus den Arbeitsbereichen Krankenhaus, Arztpraxen, Dialysepraxen und Rettungsdiensten. Davon sind 20 von ihnen verstorben. Die Anzahl der Infizierten, die in § 36 IfSG aufgeführten Einrichtungen wie z. B. Pflegeheimen, JVA's und Asylunterkünften tätig sind, beträgt 9691. Über 17.000 infizierte Personen leben in diesen Einrichtungen. Die Fallzahlen stehen im Einklang mit den vielen Berichten über Ausbrüche in Pflegeeinrichtungen.

Nach unseren Berechnungen sind also mindestens 12% aller bestätigten Fälle in Pflegeeinrichtungen oder medizinischen Einrichtungen tätig gewesen. Insgesamt treten mind. 26 % aller bestätigten Corona-Infektionen in den sozialen Einrichtungen und Berufsgruppen auf, die wir in unserem Antrag genannt haben. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, da nur für zwei Drittel aller vorliegenden Corona- Infektionen entsprechend aufgeschlüsselte Daten vorliegen.

„Die Unsicherheit in diesen Berufen wächst. Die Landesregierung scheint diese Fakten und die Sorgen der Beschäftigten zu ignorieren.“



Anders kann ich es mir nicht erklären, warum CDU, FDP und Grüne „aus wissenschaftlichen Gründen“ in nur 2 Pflegeheimen im Land regelmäßig und ohne Anlass testen wollen. Um das Risiko einer zweiten Infektionswelle zu minimieren, gehört es auch dazu, dass Infektionen vor allem bei asymptomatischen Krankheitsverläufen rechtzeitig festgestellt und Infektionsketten dadurch schnellstmöglich unterbrochen werden können. Es ist in dieser Zeit viel zu hören von der Wertschätzung für Pflegekräfte und medizinischem Fachpersonal. Das ist auch gut so! Ein weiterer wichtiger Beitrag wäre es, die Beschäftigten in den sozialen Berufen nicht in der Unkenntnis über ihren eigenen Gesundheitszustand zu lassen.

Der Bund macht Wumms, Jamaika macht Rumms!

Bund hat zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ein wahrlich historisches Paket verabschiedet. Serpil Midyatli hat dazu im Landtag für die SPD-Fraktion gesprochen:

Ein Konjunkturprogramm vom Bund mit Wumms. Zu Recht gibt es dafür viel Lob und der Architekt ist Olaf Scholz. Das hat die SPD gut gemacht. Nun haben wir die politischen, wirtschaftlichen wie auch ökonomischen Weichenstellungen vorgenommen. Jetzt ist nicht die Zeit gegen die Krise anzusparsen, sondern mit voller Kraft in die Zukunft zu investieren. Für die SPD hatte das Programm drei Kernziele:

- Wir wollen Arbeitsplätze sichern. Große Teile des Konjunkturprogramms gehen daher an die KMU's.
- Die Mehrwertsteuer zu senken, um damit die Nachfrage zu stärken.
- Wir stehen für ein Zukunftsprogramm, das die Innovationskraft unserer Wirtschaft erhöht. Dafür brauchen wir höhere Kaufprämien für E-Autos sowie mehr Investitionen in Erneuerbare Energie und Wasserstoff.



“Alle drei Ziele sind erreicht. Kurzum: Das Konjunkturprogramm ist ein Lehrstück für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik.“

Profitieren werden aber nur die Länder, die das Geld auch rechtzeitig abrufen. Das scheint trivial. Ist bei dieser Landesregierung aber nicht selbstverständlich. Beim Digitalpakt beispielsweise hat Schleswig-Holstein erst 4 Prozent der uns zustehenden Mittel abgerufen. Hier zeigt sich: Der Bund macht Wumms, Jamaika macht Rumms. Während der Bund Milliarden in die Hand nimmt, kriegt Jamaika hier nicht mal die Windkraftplanung hin. Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft. Wir wollen, dass die Wertschöpfungsketten im Land bleiben. Das sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Für Wasserstoff brauchen wir aber viel Energie, dafür brauchen wir mehr. Gerade in dieser Woche stellt Ihnen die IHK ein schlechtes Zeugnis bei der Entwicklung der Innovationskraft aus. Jedes zweite Unternehmen im Land klagt über mangelnde Breitbandversorgung. Der Grund dafür ist, dass wir zu wenig Fachkräfte haben. Deshalb brauchen wir für die Zukunftsinvestitionen auch eine Fachkräftestrategie. Der Auftrag an Jamaika lautet, jeden Ausbildungsplatz im Land zu sichern. Denn das sind die Fachkräfte von morgen. Das Geld dafür kommt aus Berlin, also gibt es für diese Landesregierung auch keine Ausreden mehr.

Verschwörungstheorien:

Legitimer Protest darf kein Vehikel für Rechte sein!

Die SPD-Landtagsfraktion hat für die Juni-Tagung des Landtages einen Antrag eingebracht, der sich gegen Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wendet (Drucksache 19/2239). Dazu erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechtsextremismus, Tobias von Pein:

Es gibt viele Menschen in unserem Land, die an den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Kritik üben. Manchen gehen die Einschränkungen des täglichen Lebens zu weit; andere wiederum haben Befürchtungen, die Aufhebung der Maßnahmen komme zu früh. Es spricht in vielen Fällen für ein demokratisches Bewusstsein, wenn Menschen ihre Befürchtungen auf die Straße tragen.



Jedoch muss dort eine Grenze gezogen werden, wo die Ablehnung demokratischer Institutionen, die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Gewaltaufrufe propagiert werden.

“Verschwörungserzählungen sind gefährlich und müssen widerlegt werden“.

Wir erwarten eine deutliche Distanzierung aller Demokratinnen und Demokraten. Die Landesregierung muss die zum Teil vorgetragene Demokratiefeindlichkeit im Blick haben und sich deutlicher als in den vergangenen Wochen davon abgrenzen.

Bildungsangebote, Medienkompetenz und Wachsamkeit müssen der Dreiklang sein, um wirksam Gegenmaßnahmen zu treffen. Deshalb bedarf es einer Aufklärungskampagne und mehr politischer Bildung. Das geltende Recht zur Strafverfolgung von Hass, Rechtsextremismus und Aufrufen zu Gewalt muss – gerade angesichts der Corona-Krise – konsequent angewendet werden.

Auf Kinder schießt man nicht!

Teil der letzten Landtagssitzung war auch die Debatte über das neue Landesverwaltungsgesetz der Landesregierung (Drs. 19/2118). Dazu erklärt die polizeipolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kathrin Bockey:

Gesetze macht man idealerweise mit einem kühlen Kopf und nicht unter dem Eindruck des Geschehens. Insofern hätte dieses LVwG gute Chancen gehabt, zu einem guten Gesetz zu werden. Diese Chance hat die Landesregierung nicht genutzt. Schüsse auf Kinder und Fußfesseln zur Gefahrenabwehr sind jedenfalls nicht das, was wir uns unter sachgerechten und wirkungsvollen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr vorstellen.



2017 floh ein islamistischer Gefährder mit seiner Fußfessel über den Hamburger Flughafen nach Athen. Zur Gefahrenabwehr sind sie in unseren Augen ein ziemlich untaugliches Mittel, das noch dazu die Arbeit des Verfassungsschutzes erschwert.

“Auf Kinder schießt man nicht!”

Diese politische Verschiebung von ethischen Grenzen ist in unseren Augen nicht begründbar. Dieses Signal wollen wir als SPD-Fraktion nicht senden. Wir alle wissen, dass eine solche Situation im Rahmen von Notwehr oder Nothilfe passieren könnte. Ich vertraue darauf, dass der Polizist/die Polizistin dann die Rechtfertigungsgründe für sich in Anspruch nehmen kann, die schon heute gesetzlich geregelt sind.

War sonst noch was?

Scheibenwischer

Erstaunliches ereignete sich auf der Regierungsbank, als Serpil Midyatli in ihrer Rede die Bildungsministerin Prien rhetorisch anging...

Kurze Übung zum Mitmachen:

Nehmen sie Hand mit einem Abstand von einigen Zentimetern vor Ihr Gesicht. Drehen Sie die Hand so, dass die Handfläche zur Nase zeigt und spreizen Sie die Finger. Haben Sie? Gut, dann beginnen Sie nun, die Hand seitlich nach links und recht abkippen zu lassen und wiederholen Sie diesen Vorgang. Das erinnert Sie an was? Richtig, an einen Scheibenwischer. Kurzum: Die Bildungsministerin zeigt unser Abgeordneten von der Regierungsbank aus den Scheibenwischer – höchst unparlamentarisch. Zu Zeiten der SPD-Regierung hätte die CDU eine Sitzungsunterbrechung beantragt – mindestens! Zum Glück sind wir ein bisschen cooler...